

Der Postzeitungstarif.
 Bekanntlich ist von verschiedenen Seiten, denen die Zeitungen ein Gräuel sind, eine Erhöhung des Betrages beantragt, welchen die Zeitungen für die Befreiung und Ausgabe der Zeitungen an die Post zu zahlen haben, wobei bemerkt werden muß, daß die Befreiung und der Vertrieb der Zeitungen außerhalb des Reichs ein Monopol der Post ist, dem sich kein Zeitungsverleger entziehen kann, und daß eine Erhöhung des Postzeitungstarifs daher den Charakter einer neuen Steuer hat.

Excellenz v. Stephan hatte die Sache bisher so geordnet, daß jede Zeitung 1/2 ihres Abonnementspreises an die Post zahlen mußte, darüber ist keine Beschwerde erhoben, ein jeder war und ist auch heute noch damit zufrieden.

Anfang Juni d. J. traten nun unter dem hochklingenden Namen eines „Vereins deutscher Zeitungsverleger“ ca. 12, schreibt man 13 Zeitungsverleger mehr aus Berlin im Kaiserhof-Hotel in Berlin zusammen und schloß die Mehrzahl derselben den Beschluß, es sollten die billigen Tagesblätter, welche 3 Mark kosten, ebenfalls Postgebühr bezahlen wie die theueren Zeitungen, welche 36 Mark, also 12 mal so viel kosten, d. h. es sollten die billigen Blätter mehr an die Post bezahlen, als sie Abonnenten erhalten, dagegen die theuren Blätter im Verhältnis nur 1/2 (nur etwa 10 Proz. ihres Abonnements) bezahlen. Der Beschluß forderte, es solle jedes Blatt, welches 3 mal in einer Woche erscheint, 25 v. Fernung (also ein Blatt, welches 6 mal wöchentlich erscheint, 25 v. = 150 v. Fernung) bezahlen, und solle außerdem jede Nummer nebst jeder Beilage täglich an die Post geliefert und für jedes Kilogramm Papiergewicht 4 Pf. an die Post gezahlt werden.

In Folge dieses Beschlusses versammelten sich am 18. Juli d. J. die Vertreter von 280 deutschen Zeitungen im Savoy Hotel in Berlin und beschloßen einstimmig prinzipiell für die Beibehaltung des jetzigen Postzeitungstarifs einzutreten, eventuell aber, wenn eine Herabsetzung des Postzeitungstarifs nicht zu umgehen sei, wenigstens einen gerechten Minderungsbeitrag zu bezahlen, als solcher ward vorgeschlagen und allerseits gebilligt: 10 Prozent des Abonnementspreises und außerdem jährlich für wöchentlich bis 4 mal erscheinende Zeitungen 20 Pf., für wöchentlich 5—7 mal erscheinende Zeitungen 15 Pf., und für wöchentlich mehr als 7 mal erscheinende Zeitungen 12 Pf. für jede wöchentlich erscheinende Nummer. Dies würde im Wesentlichen der Arbeit entsprechen, welche der Post durch die Ausgabe der Zeitungen erwächst.

Vorzuziehen, darüber waren alle einig, ist der jetzt geltende Postzeitungstarif; er ist der einfachste, praktischste. Niemand kann verkennen, daß Herr v. Stephan sich durch seine überaus einfachen und billigen Posttarife für Briefe, Drucksachen und Post- etc. ein überaus großes Verdienst um alle Gewerbe, wie um Wissenschaft und Verkehr jeder Art erworben hat und zwar nicht allein für Deutschland, sondern anerkanntermaßen auch für die ganze Erde. Während 1838 ein einfacher Brief von Stettin z. B. nach der Schweiz noch 330, nach Bonn noch 110 Pf. kostete, kostet derselbe jetzt nach der Schweiz und nach jedem Orte des Weltpostvereins nur 20 Pf., nach jedem Orte Deutschlands und Österreichs nur 10 Pf. Dabei ist die deutsche Post viel sicherer und schneller als jede andere Verkehrsanstalt und bringt dem deutschen Reich trotz dem jetzt bedeutend mehr ein als früher.

Auch für den Postzeitungstarif hat Herr v. Stephan zweifellos den einfachsten und für alle Theile: Leser wie Verleger, Stadt wie Land vortheilhaftesten Weg eingeschlagen, über den keine Klage geführt ist und der dem Reichthum keinen Einbruch thut. Es ward offenbar ein bewundernswürdiger Schritt, wollte man diesen genialen, überaus einfachen, von allen Seiten erwünschten Tarif ändern und ihn à la Wallhorn verbessern.

Wenn nun ein Berliner Blatt, welches sich „Post“ nennt, diesen Post-Tarif angreift, und den Vorschlag der 7 bis 10 Berliner Verleger dem bisherigen Stephan'schen Tarif gegenüber als den viel gerechteren empfiehlt, so zeigt sich darin ein Hochmaß gewisser Berliner und eine Mißachtung aller Bewohner der Provinzen, der die schärfste Miße verdient.

Wir verkennen gar nicht die Bedeutung Berlins als Hauptstadt; aber Berlin ist doch nur groß geworden durch die Größe und Stärke des deutschen Reiches; es ist der Sitz einer bedeutenden Intelligenz und bedeutender Gewerbe, weil aus den Provinzen die bedeutendsten Kräfte dorthin gezogen werden. Die gebildeten Berliner erkennen dies auch alle an. Aber andererseits giebt es in Berlin eine große Zahl Gecken bez. Halbgebildeter, welche nur Berlin gelten lassen wollen, und alle Provinzbewohner als nur Halbgebildete betrachten. Diese sind es, welche die Berliner überall in Südb- wie Norddeutschland, im Westen wie Osten, als arrogant und großspurig verächtlich gemacht haben.

In welcher dieser Kategorien die obigen Verleger Berlins, namentlich der „Post“, gehören, das überlasse ich dem Urtheil der geehrten Leser. Die genannten Verleger scheinen meist junge, unerfahrene Herren zu sein, welche zur Zeit des Zeitungskrieges noch nicht in Zeitungen beschäftigt gewesen sind, sonst würden sie nicht einen so unpraktischen Antrag gestellt haben, jede Nummer mit allen Beilagen der Zeitung täglich der Post einzuliefern, dann das Papier wiegen zu lassen und für jedes Kilogramm 4 Pf. an die Post zu zahlen. Haben die Herren denn gar nichts von den ausgedehnten Verbesserungen Stephan's im Postwesen gehört, bez. nichts davon begriffen, daß sie einen solchen Verbesserungsantrag à la Wallhorn einbringen könnten. Die gebildeten Berliner Verleger, welche in der Versammlung vom 18. Juli anwesend waren, haben diesen Antrag verworfen und mit ihnen haben 280 Zeitungen den obigen Antrag der 7 bis 10 Berliner Verleger, welche nur ihren Vortheil zum Schaden aller andern Verleger im Auge hatten, und welchen die überwältigende Mehrzahl der Verleger keiner Beachtung werth ersahen, verworfen.

Deutschland.
Berlin, 22. Juli. In einem sehr energisch gehaltenen Artikel „Die Fronde an der Arbeit“ geht die „Königliche Volkszeitung“ gegen die „Ministerfröhen“ unter agraarischen und friedliebenden Banner vor. Das Blatt beklagt, daß mit einem Ministerwechsel in großem Stille gerechnet werden könne; es stehe aber fest, daß gegen verschiedene Minister kräftig gewühlt werde. Dann heißt es weiter:

„So agitiert die Bismarckianer und die Landwirthler, welche neuerdings immer mehr Hand in Hand geben, kräftig gegen die Herren von Bötticher, von Marschall und von Hammerstein. Da sie aber einsehen werden, daß es unmöglich ist, alle drei Minister aus dem Sattel zu heben, so setzen sie sich darauf, zu haben, die Arbeit zu machen, und vorerst besonders gegen Herrn von Bötticher loszugehen. Dieser ist ja den Bismarckianern am meisten verhaßt und die Mitglieder des Bundes der Landwirthler sind neuerdings besonders auf ihn wüthend, weil sie ihm die größte Schuld an der Abweisung des Marzarinagegesetzes durch den Bundesrath zuschreiben. Der Landwirtschaftsminister von Hammerstein wird von ihnen ganz verächtlich beurtheilt; einige sind ungenügend zornig auf ihn, andere loben ihn wieder. Dies rührt wohl daher, weil der ziemlich temperamentsvolle Staatsmann sich öffentlich und privatim etwas ungleichmäßig auszudrücken beliebt. Was endlich Herrn von Marschall betrifft, so scheint der gegen ihn von langer Hand beabsichtigte große Vorstoß zunächst noch verlagert zu sein. Die Intriganten sind der Ansicht, daß dies erst dann angezeigt sei, wenn nach ihrer Ansicht die Situation dafür „reif“ ist, daß Graf Herbert Bismarck auf seinen früheren Posten zurückkehrt, um dann bald zum Reichstanzler aufzurücken. Am Ende bleibt Herr v. Marschall so lebenslanglich auf seinem Posten. Wir sehen wenigstens nicht ein, daß wenn man partout einen unzulänglichen Beamten haben will, man dann gerade jemanden aussuchen muß, der den großen Namen Bismarck trägt. Ein Schulz und Müller leistet doch dieselben Dienste. Jegliche Gereiztheit liegt uns völlig fern, aber wir wissen, und jeder ständige weis auch, daß Graf Bismarck durchaus nicht befähigt ist für die Rolle, in welche man ihn hier hineindrängen will. Sollte er einen kleinen Gedankenposten erhalten, so wäre nichts dagegen einzuwenden, aber zur Leitung der Reichspolitik reicht seine Kraft auch nicht entfernt aus. Im Uebrigen sind die Herren von der Fronde durch Erfahrungen gewarnt, daß es nicht wohlgehen ist, den oder die Minister, welche man beiseitigen will, namentlich zu bezeichnen. Das hat auch der Altreichstanzler erfahren, als er mit dem Reichstanzler auf Herrn v. Bötticher seine Liebe gegen „Das Kleben und Streben“ hielt. Damals soll, wie uns bestimmt versichert ist, schon abgemacht gewesen sein, daß Herr von Bötticher das Oberpräsidium der Provinz Sachsen als „Außenposten“ übernehme, aber gerade die Bismarck'schen Tiraden haben die schwankende Stellung v. Böttichers wieder ganz fest gemacht. Vor einer solchen demagogischen Liebe, wie der Altreichstanzler sie damals hielt, kapituliert der Kaiser nicht.“

— Dem Landwirtschaftsminister v. Hammerstein wird von einem O'Spreußen in der „Kreuzzeitung“ ein langer Wundstuhel unterbreitet. Er enthält nur die „kleinen Mittel“, und zwar Gleichstellung der Pfandbriefe mit den Staatspapieren bei der Befreiung durch die Reichsbank, Herabsetzung der Beiträge für die Alters- und Invalidenversicherung, Grenzperre gegen Weizen, sowie die Erleichterung des Zolltarifs für Getreide, Staffeltarife auf den Eisenbahnen, obrigkeitliche Fürsorge für richtige Preisfestsetzungen an der Produktenbörse und endlich Vermeidung der vierprozentigen Reichs- und Staatsanleihen in dreiprozentige. Der Gewährsmann der „Kreuzztg.“ sagt:

„Durch diese Maßregeln, der demnach die Konvertirung der 3½prozentigen Papiere in 3prozentige folgen müßte, würde die zur Zeit unmögliche Konvertirung der Pfandbriefe ermöglicht werden, und es würden hierdurch auch die Privatgläubiger zur Verabfolgung des Zinsfußes gezwungen werden.“

Gerade über diese Maßregel aber sind die Ansichten in der konservativen Partei sehr getheilt. Die eine Gruppe der Agrarier ist ihr abgeneigt, ein Theil ist zweifelhaft, und wie groß die Partei der Konversionsfreunde ist, ist ungewiß. Wenn soll also Herr v. Hammerstein auf der Weise sein Dhr leihen, um „die Landwirtschaft“ zu befriedigen?

Österreich-Ungarn.
Wien, 21. Juli. Der Internationale Telegraphencongreß hielt heute unter Vorsitz des ungarischen Telegraphendirektors Szalay die Schlußsitzung ab. Staatsrath General Petrow dankte in schwungvollen Worten für das überall gefundene Entgegenkommen. „Wir sind glücklich, sagte Redner, während der Willkommenseier hier gewesen zu sein, wo wir Gelegenheit hatten, die hervorragenden Eigenschaften des ungarischen Volkes zu erkennen, welches vollkommen fertig zum Fortschritt da steht.“ Redner forderte die Anwesenden auf, mit ihm in den Ruf einzustimmen: „Es lebe Ungarn, es lebe der König Franz Josef.“ Die Anwesenden stimmten begeistert in den Ruf ein.

Frankreich.
 Die Pariser Blätter erörtern die etwas auffällige Art, mit welcher der Prinz Henri d'Orleans sich bei der Verdrigung des Marquis de Mores in den Vordergrund zu drängen suchte. Der radikale „Jour“ ist insbesondere entrüstet über den Ruf: „Vive le Prince!“, der nach dem Begräbniß zu Ehren des Prinzen Henri d'Orleans ausgerufen werden durfte, ohne daß die Polizei die Schreier am Kragen packte. Von der Regierung der Herren Meline und Barthou, sagt Verwoort bißig, dürfte man doch nicht erwarten, daß sie royalistische Kundgebungen verhindern oder dem Sohne des Herzogs von Chartres den guten Rath erteile, ihnen aus dem Wege zu gehen.

— Der Prinz Heinrich von Orléans erlitten den letzten Zuckerton. In einem sehr energisch gehaltenen Artikel „Die Fronde an der Arbeit“ geht die „Königliche Volkszeitung“ gegen die „Ministerfröhen“ unter agraarischen und friedliebenden Banner vor. Das Blatt beklagt, daß mit einem Ministerwechsel in großem Stille gerechnet werden könne; es stehe aber fest, daß gegen verschiedene Minister kräftig gewühlt werde. Dann heißt es weiter:

„So agitiert die Bismarckianer und die Landwirthler, welche neuerdings immer mehr Hand in Hand geben, kräftig gegen die Herren von Bötticher, von Marschall und von Hammerstein. Da sie aber einsehen werden, daß es unmöglich ist, alle drei Minister aus dem Sattel zu heben, so setzen sie sich darauf, zu haben, die Arbeit zu machen, und vorerst besonders gegen Herrn von Bötticher loszugehen. Dieser ist ja den Bismarckianern am meisten verhaßt und die Mitglieder des Bundes der Landwirthler sind neuerdings besonders auf ihn wüthend, weil sie ihm die größte Schuld an der Abweisung des Marzarinagegesetzes durch den Bundesrath zuschreiben. Der Landwirtschaftsminister von Hammerstein wird von ihnen ganz verächtlich beurtheilt; einige sind ungenügend zornig auf ihn, andere loben ihn wieder. Dies rührt wohl daher, weil der ziemlich temperamentsvolle Staatsmann sich öffentlich und privatim etwas ungleichmäßig auszudrücken beliebt. Was endlich Herrn von Marschall betrifft, so scheint der gegen ihn von langer Hand beabsichtigte große Vorstoß zunächst noch verlagert zu sein. Die Intriganten sind der Ansicht, daß dies erst dann angezeigt sei, wenn nach ihrer Ansicht die Situation dafür „reif“ ist, daß Graf Herbert Bismarck auf seinen früheren Posten zurückkehrt, um dann bald zum Reichstanzler aufzurücken. Am Ende bleibt Herr v. Marschall so lebenslanglich auf seinem Posten. Wir sehen wenigstens nicht ein, daß wenn man partout einen unzulänglichen Beamten haben will, man dann gerade jemanden aussuchen muß, der den großen Namen Bismarck trägt. Ein Schulz und Müller leistet doch dieselben Dienste. Jegliche Gereiztheit liegt uns völlig fern, aber wir wissen, und jeder ständige weis auch, daß Graf Bismarck durchaus nicht befähigt ist für die Rolle, in welche man ihn hier hineindrängen will. Sollte er einen kleinen Gedankenposten erhalten, so wäre nichts dagegen einzuwenden, aber zur Leitung der Reichspolitik reicht seine Kraft auch nicht entfernt aus. Im Uebrigen sind die Herren von der Fronde durch Erfahrungen gewarnt, daß es nicht wohlgehen ist, den oder die Minister, welche man beiseitigen will, namentlich zu bezeichnen. Das hat auch der Altreichstanzler erfahren, als er mit dem Reichstanzler auf Herrn v. Bötticher seine Liebe gegen „Das Kleben und Streben“ hielt. Damals soll, wie uns bestimmt versichert ist, schon abgemacht gewesen sein, daß Herr von Bötticher das Oberpräsidium der Provinz Sachsen als „Außenposten“ übernehme, aber gerade die Bismarck'schen Tiraden haben die schwankende Stellung v. Böttichers wieder ganz fest gemacht. Vor einer solchen demagogischen Liebe, wie der Altreichstanzler sie damals hielt, kapituliert der Kaiser nicht.“

— Dem Landwirtschaftsminister v. Hammerstein wird von einem O'Spreußen in der „Kreuzzeitung“ ein langer Wundstuhel unterbreitet. Er enthält nur die „kleinen Mittel“, und zwar Gleichstellung der Pfandbriefe mit den Staatspapieren bei der Befreiung durch die Reichsbank, Herabsetzung der Beiträge für die Alters- und Invalidenversicherung, Grenzperre gegen Weizen, sowie die Erleichterung des Zolltarifs für Getreide, Staffeltarife auf den Eisenbahnen, obrigkeitliche Fürsorge für richtige Preisfestsetzungen an der Produktenbörse und endlich Vermeidung der vierprozentigen Reichs- und Staatsanleihen in dreiprozentige. Der Gewährsmann der „Kreuzztg.“ sagt:

„Durch diese Maßregeln, der demnach die Konvertirung der 3½prozentigen Papiere in 3prozentige folgen müßte, würde die zur Zeit unmögliche Konvertirung der Pfandbriefe ermöglicht werden, und es würden hierdurch auch die Privatgläubiger zur Verabfolgung des Zinsfußes gezwungen werden.“

Gerade über diese Maßregel aber sind die Ansichten in der konservativen Partei sehr getheilt. Die eine Gruppe der Agrarier ist ihr abgeneigt, ein Theil ist zweifelhaft, und wie groß die Partei der Konversionsfreunde ist, ist ungewiß. Wenn soll also Herr v. Hammerstein auf der Weise sein Dhr leihen, um „die Landwirtschaft“ zu befriedigen?

Italien.
 Das italienische Parlament hat gestern nach der Neubildung des Kabinetts seine Arbeiten wieder aufgenommen. In beiden Kammern gelangte die ministerielle Erklärung zur Verlesung. Hierüber wird telegraphirt:

Rom, 21. Juli. Die Deputirtenkammer ist fast leert. Der Ministerpräsident di Rudini verliest eine Erklärung, in welcher er darauf hinweist, daß er die Ursachen der Demission des Kabinetts, als er dieselbe dem Hause mittheilte, ohne Rücksicht dargelegt habe. Die Ursache der letzten Krise beziehe daher den einzigen Punkt, bei welchem das Programm der Regierung jetzt abgeändert werde. Die Regierung habe sich nach Prüfung der Lage überzeugt, daß die legislativen Dekrete vom November 1894 betreffend die Reorganisation des Heeres nicht zur Anwendung gelangen konnten und können, und daß es außerdem nicht angebracht sei, andere radikale Veränderungen im Heeresbestande einzuführen. Es sei daher nöthig, die Dinge wieder auf den Stand zu bringen, auf dem sie sich im Wesentlichen in Folge der Gelecke von 1887 und 1892 befanden. Die Regierung halte es jedoch für unumgänglich nöthig, in das Kriegsbudget für 1897—98 die Summe von 230 Millionen Lire, abgesehen von den Ausgaben für Afrika, einzulegen; die Regierung vertraue, wenn der Friedenszustand fortanere, letztere in die Grenzen, in denen sie sich 1893 befanden, zurückzuführen. Die Regierung behalte sich vor, wenn es nöthig werde, bei der Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten Maßnahmen vorzuschlagen, welche die Konfolidirung des Budgets und die Sicherung des Gleichgewichts desselben bezwecken. Das Kabinet lege nunmehr die Kammer ein, ihre Arbeiten fortzusetzen und die Verathung der Vorlagen betreffend Sizilien wieder aufzunehmen, welche ohne Nachtheil für die öffentlichen Angelegenheiten nicht in der Schwebe bleiben könnten.

— Der Prinz Heinrich von Orléans erlitten den letzten Zuckerton. In einem sehr energisch gehaltenen Artikel „Die Fronde an der Arbeit“ geht die „Königliche Volkszeitung“ gegen die „Ministerfröhen“ unter agraarischen und friedliebenden Banner vor. Das Blatt beklagt, daß mit einem Ministerwechsel in großem Stille gerechnet werden könne; es stehe aber fest, daß gegen verschiedene Minister kräftig gewühlt werde. Dann heißt es weiter:

„So agitiert die Bismarckianer und die Landwirthler, welche neuerdings immer mehr Hand in Hand geben, kräftig gegen die Herren von Bötticher, von Marschall und von Hammerstein. Da sie aber einsehen werden, daß es unmöglich ist, alle drei Minister aus dem Sattel zu heben, so setzen sie sich darauf, zu haben, die Arbeit zu machen, und vorerst besonders gegen Herrn von Bötticher loszugehen. Dieser ist ja den Bismarckianern am meisten verhaßt und die Mitglieder des Bundes der Landwirthler sind neuerdings besonders auf ihn wüthend, weil sie ihm die größte Schuld an der Abweisung des Marzarinagegesetzes durch den Bundesrath zuschreiben. Der Landwirtschaftsminister von Hammerstein wird von ihnen ganz verächtlich beurtheilt; einige sind ungenügend zornig auf ihn, andere loben ihn wieder. Dies rührt wohl daher, weil der ziemlich temperamentsvolle Staatsmann sich öffentlich und privatim etwas ungleichmäßig auszudrücken beliebt. Was endlich Herrn von Marschall betrifft, so scheint der gegen ihn von langer Hand beabsichtigte große Vorstoß zunächst noch verlagert zu sein. Die Intriganten sind der Ansicht, daß dies erst dann angezeigt sei, wenn nach ihrer Ansicht die Situation dafür „reif“ ist, daß Graf Herbert Bismarck auf seinen früheren Posten zurückkehrt, um dann bald zum Reichstanzler aufzurücken. Am Ende bleibt Herr v. Marschall so lebenslanglich auf seinem Posten. Wir sehen wenigstens nicht ein, daß wenn man partout einen unzulänglichen Beamten haben will, man dann gerade jemanden aussuchen muß, der den großen Namen Bismarck trägt. Ein Schulz und Müller leistet doch dieselben Dienste. Jegliche Gereiztheit liegt uns völlig fern, aber wir wissen, und jeder ständige weis auch, daß Graf Bismarck durchaus nicht befähigt ist für die Rolle, in welche man ihn hier hineindrängen will. Sollte er einen kleinen Gedankenposten erhalten, so wäre nichts dagegen einzuwenden, aber zur Leitung der Reichspolitik reicht seine Kraft auch nicht entfernt aus. Im Uebrigen sind die Herren von der Fronde durch Erfahrungen gewarnt, daß es nicht wohlgehen ist, den oder die Minister, welche man beiseitigen will, namentlich zu bezeichnen. Das hat auch der Altreichstanzler erfahren, als er mit dem Reichstanzler auf Herrn v. Bötticher seine Liebe gegen „Das Kleben und Streben“ hielt. Damals soll, wie uns bestimmt versichert ist, schon abgemacht gewesen sein, daß Herr von Bötticher das Oberpräsidium der Provinz Sachsen als „Außenposten“ übernehme, aber gerade die Bismarck'schen Tiraden haben die schwankende Stellung v. Böttichers wieder ganz fest gemacht. Vor einer solchen demagogischen Liebe, wie der Altreichstanzler sie damals hielt, kapituliert der Kaiser nicht.“

— Dem Landwirtschaftsminister v. Hammerstein wird von einem O'Spreußen in der „Kreuzzeitung“ ein langer Wundstuhel unterbreitet. Er enthält nur die „kleinen Mittel“, und zwar Gleichstellung der Pfandbriefe mit den Staatspapieren bei der Befreiung durch die Reichsbank, Herabsetzung der Beiträge für die Alters- und Invalidenversicherung, Grenzperre gegen Weizen, sowie die Erleichterung des Zolltarifs für Getreide, Staffeltarife auf den Eisenbahnen, obrigkeitliche Fürsorge für richtige Preisfestsetzungen an der Produktenbörse und endlich Vermeidung der vierprozentigen Reichs- und Staatsanleihen in dreiprozentige. Der Gewährsmann der „Kreuzztg.“ sagt:

„Durch diese Maßregeln, der demnach die Konvertirung der 3½prozentigen Papiere in 3prozentige folgen müßte, würde die zur Zeit unmögliche Konvertirung der Pfandbriefe ermöglicht werden, und es würden hierdurch auch die Privatgläubiger zur Verabfolgung des Zinsfußes gezwungen werden.“

Gerade über diese Maßregel aber sind die Ansichten in der konservativen Partei sehr getheilt. Die eine Gruppe der Agrarier ist ihr abgeneigt, ein Theil ist zweifelhaft, und wie groß die Partei der Konversionsfreunde ist, ist ungewiß. Wenn soll also Herr v. Hammerstein auf der Weise sein Dhr leihen, um „die Landwirtschaft“ zu befriedigen?

England.
London, 21. Juli. Die Königin Victoria kam heute Nachmittag von Windsor nach London, um der Hochzeit der Prinzessin Maud beizuwohnen. Bevor sich die Königin nach dem Buckinghampalast begab, sprach sie in Marlborough-Park vor, begrüßte den Prinzen und die Prinzessin von Wales, sowie die Gäste und besichtigte dann die Hochzeitseisenbahn der Prinzessin Maud. Als die Königin heute Windsor verließ, gingen die Pferde des königlichen Wagens, in dem die inoffizielle Dienerschaft der Königin fuhr, durch, wobei der Wagen umgeworfen und der Kutscher und ein Jäher verletzt wurden.

— Der Prinz Heinrich von Orléans erlitten den letzten Zuckerton. In einem sehr energisch gehaltenen Artikel „Die Fronde an der Arbeit“ geht die „Königliche Volkszeitung“ gegen die „Ministerfröhen“ unter agraarischen und friedliebenden Banner vor. Das Blatt beklagt, daß mit einem Ministerwechsel in großem Stille gerechnet werden könne; es stehe aber fest, daß gegen verschiedene Minister kräftig gewühlt werde. Dann heißt es weiter:

„So agitiert die Bismarckianer und die Landwirthler, welche neuerdings immer mehr Hand in Hand geben, kräftig gegen die Herren von Bötticher, von Marschall und von Hammerstein. Da sie aber einsehen werden, daß es unmöglich ist, alle drei Minister aus dem Sattel zu heben, so setzen sie sich darauf, zu haben, die Arbeit zu machen, und vorerst besonders gegen Herrn von Bötticher loszugehen. Dieser ist ja den Bismarckianern am meisten verhaßt und die Mitglieder des Bundes der Landwirthler sind neuerdings besonders auf ihn wüthend, weil sie ihm die größte Schuld an der Abweisung des Marzarinagegesetzes durch den Bundesrath zuschreiben. Der Landwirtschaftsminister von Hammerstein wird von ihnen ganz verächtlich beurtheilt; einige sind ungenügend zornig auf ihn, andere loben ihn wieder. Dies rührt wohl daher, weil der ziemlich temperamentsvolle Staatsmann sich öffentlich und privatim etwas ungleichmäßig auszudrücken beliebt. Was endlich Herrn von Marschall betrifft, so scheint der gegen ihn von langer Hand beabsichtigte große Vorstoß zunächst noch verlagert zu sein. Die Intriganten sind der Ansicht, daß dies erst dann angezeigt sei, wenn nach ihrer Ansicht die Situation dafür „reif“ ist, daß Graf Herbert Bismarck auf seinen früheren Posten zurückkehrt, um dann bald zum Reichstanzler aufzurücken. Am Ende bleibt Herr v. Marschall so lebenslanglich auf seinem Posten. Wir sehen wenigstens nicht ein, daß wenn man partout einen unzulänglichen Beamten haben will, man dann gerade jemanden aussuchen muß, der den großen Namen Bismarck trägt. Ein Schulz und Müller leistet doch dieselben Dienste. Jegliche Gereiztheit liegt uns völlig fern, aber wir wissen, und jeder ständige weis auch, daß Graf Bismarck durchaus nicht befähigt ist für die Rolle, in welche man ihn hier hineindrängen will. Sollte er einen kleinen Gedankenposten erhalten, so wäre nichts dagegen einzuwenden, aber zur Leitung der Reichspolitik reicht seine Kraft auch nicht entfernt aus. Im Uebrigen sind die Herren von der Fronde durch Erfahrungen gewarnt, daß es nicht wohlgehen ist, den oder die Minister, welche man beiseitigen will, namentlich zu bezeichnen. Das hat auch der Altreichstanzler erfahren, als er mit dem Reichstanzler auf Herrn v. Bötticher seine Liebe gegen „Das Kleben und Streben“ hielt. Damals soll, wie uns bestimmt versichert ist, schon abgemacht gewesen sein, daß Herr von Bötticher das Oberpräsidium der Provinz Sachsen als „Außenposten“ übernehme, aber gerade die Bismarck'schen Tiraden haben die schwankende Stellung v. Böttichers wieder ganz fest gemacht. Vor einer solchen demagogischen Liebe, wie der Altreichstanzler sie damals hielt, kapituliert der Kaiser nicht.“

— Dem Landwirtschaftsminister v. Hammerstein wird von einem O'Spreußen in der „Kreuzzeitung“ ein langer Wundstuhel unterbreitet. Er enthält nur die „kleinen Mittel“, und zwar Gleichstellung der Pfandbriefe mit den Staatspapieren bei der Befreiung durch die Reichsbank, Herabsetzung der Beiträge für die Alters- und Invalidenversicherung, Grenzperre gegen Weizen, sowie die Erleichterung des Zolltarifs für Getreide, Staffeltarife auf den Eisenbahnen, obrigkeitliche Fürsorge für richtige Preisfestsetzungen an der Produktenbörse und endlich Vermeidung der vierprozentigen Reichs- und Staatsanleihen in dreiprozentige. Der Gewährsmann der „Kreuzztg.“ sagt:

„Durch diese Maßregeln, der demnach die Konvertirung der 3½prozentigen Papiere in 3prozentige folgen müßte, würde die zur Zeit unmögliche Konvertirung der Pfandbriefe ermöglicht werden, und es würden hierdurch auch die Privatgläubiger zur Verabfolgung des Zinsfußes gezwungen werden.“

Gerade über diese Maßregel aber sind die Ansichten in der konservativen Partei sehr getheilt. Die eine Gruppe der Agrarier ist ihr abgeneigt, ein Theil ist zweifelhaft, und wie groß die Partei der Konversionsfreunde ist, ist ungewiß. Wenn soll also Herr v. Hammerstein auf der Weise sein Dhr leihen, um „die Landwirtschaft“ zu befriedigen?

Spanien und Portugal.
 Dieser Tage wurde aus Saragossa über eine eigenthümliche Kundgebung berichtet: Die Mütter nach Astura abgehender Soldaten hätten Brotschreiben gegen die Truppenentfendungen nach der großen Antille eingereicht. „Man“ glaube, dies Borgehen sei von Agenten der kubanischen Aufständischen veranlaßt, die Regierung werde gegen die Mütter ihrer Thätigkeit vorgehen. Jetzt liegt ein Madrider Bericht vom 18. Juli vor, der diesen Vorgang, über den sich jeder Unbefangene von Anfang an eine wesentlich andere Ansicht gebildet hatte, als „man“ in jener Meldung, in die richtige Beleuchtung rückt. Es heißt in diesem Brief:

Gestern hat eine Abordnung aragonesischer Bauernfrauen den stellvertretenden Gouverneur von Saragossa Valleser um die Genehmigung zur Abhaltung einer Frauenversammlung ersucht, in der Protest erhoben werden sollte gegen die fernere Sendung von Truppen nach Astura. Der Statthalter hat die Erlaubniß zu der Versammlung nicht erteilt. Diese beiden Nachrichten beschäftigen seit gestern Nachmittag die hauptstädtische Bevölkerung. In amtlichen Kreisen betrachtet man das Borgehen der aragonesischen Frauen als eine Folge der Thätigkeit der hier anwesenden kubanischen Separatisten und ihrer Freunde und verurtheilt, daß ähnliche Vorkommnisse nicht geduldet werden würden, weil sie unpatriotisch und landesverrätherisch sind. Diese Auffassung, die von einem großen Theil der öffentlichen Meinung kritisch nachgeprüft wird, bedarf sehr der Berichtigung. Zweifellos findet das Borgehen der aragonesischen Mütter verständlich genug den Fall in den weitesten Kreisen des spanischen Landvolkes. Sind es doch die „untern“ Volks-schichten, die das Menschenmaterial für den Kampf gegen die kubanischen Aufständischen liefern müssen. Die mittleren und hohen Gesellschaftskreise verfügen über die Mittel, ihre Söhne vor der Verbrennung nach Astura zu bewahren und dort dem Wüthete und den Augen der Aufständischen, hauptsächlich aber dem Bomito, dem Miserere, dem gelben Fieber, der Pest und anderen Seuchen hinzupferen. Die Offiziere und die Freiwilligen vermögen sich gegen die Krankheiten überdies noch ungleich mehr und besser zu schützen als die armen zermalmten, ganz ungenügend ernährten Gemeinden, die Söhne der Bauern und Arbeiter des Heimatlandes Spanien. Wohl werden, wenn die Truppen für Astura eingeschifft werden, die glänzenden Kundgebungen der betreffenden städtischen Bevölkerung für die großentheils dem Tode geopfert werden und älteren Soldaten veranlaßt; wohl sucht man auch in diesen die patriotische Begeisterung zu entfachen; wohl steht man in den großen Städten, wo diese Truppen sich sammeln, und in den Hafenplätzen nichts als Fremde und durch Wein, Zigarren und Liebesgaben erzeugte Zurecht und Heiterkeit. Wer aber nur einmal Zeuge der Abtheilungen der Rekruten von ihren Eltern dabei in den Bergen, auf dem Lande, in den kleinen Städten gewesen ist, wer den grenzenlosen Schmerz der Mütter gesehen hat, die oft nicht einen ihrer Söhne, sondern zwei und drei in den sichern Tod schicken müssen, der begreift, daß im niederen Volke sehr geringe Sympathie für die Fortsetzung eines mörderischen Krieges auf Astura vorhanden sind. Da bedarf es wahrlich nicht der Hebereken separatistischer Agenten, um die Mütter der spanischen Soldaten zum Protest gegen die Fortsetzung solcher Menschenopfer zu bewegen.

— Der Prinz Heinrich von Orléans erlitten den letzten Zuckerton. In einem sehr energisch gehaltenen Artikel „Die Fronde an der Arbeit“ geht die „Königliche Volkszeitung“ gegen die „Ministerfröhen“ unter agraarischen und friedliebenden Banner vor. Das Blatt beklagt, daß mit einem Ministerwechsel in großem Stille gerechnet werden könne; es stehe aber fest, daß gegen verschiedene Minister kräftig gewühlt werde. Dann heißt es weiter:

„So agitiert die Bismarckianer und die Landwirthler, welche neuerdings immer mehr Hand in Hand geben, kräftig gegen die Herren von Bötticher, von Marschall und von Hammerstein. Da sie aber einsehen werden, daß es unmöglich ist, alle drei Minister aus dem Sattel zu heben, so setzen sie sich darauf, zu haben, die Arbeit zu machen, und vorerst besonders gegen Herrn von Bötticher loszugehen. Dieser ist ja den Bismarckianern am meisten verhaßt und die Mitglieder des Bundes der Landwirthler sind neuerdings besonders auf ihn wüthend, weil sie ihm die größte Schuld an der Abweisung des Marzarinagegesetzes durch den Bundesrath zuschreiben. Der Landwirtschaftsminister von Hammerstein wird von ihnen ganz verächtlich beurtheilt; einige sind ungenügend zornig auf ihn, andere loben ihn wieder. Dies rührt wohl daher, weil der ziemlich temperamentsvolle Staatsmann sich öffentlich und privatim etwas ungleichmäßig auszudrücken beliebt. Was endlich Herrn von Marschall betrifft, so scheint der gegen ihn von langer Hand beabsichtigte große Vorstoß zunächst noch verlagert zu sein. Die Intriganten sind der Ansicht, daß dies erst dann angezeigt sei, wenn nach ihrer Ansicht die Situation dafür „reif“ ist, daß Graf Herbert Bismarck auf seinen früheren Posten zurückkehrt, um dann bald zum Reichstanzler aufzurücken. Am Ende bleibt Herr v. Marschall so lebenslanglich auf seinem Posten. Wir sehen wenigstens nicht ein, daß wenn man partout einen unzulänglichen Beamten haben will, man dann gerade jemanden aussuchen muß, der den großen Namen Bismarck trägt. Ein Schulz und Müller leistet doch dieselben Dienste. Jegliche Gereiztheit liegt uns völlig fern, aber wir wissen, und jeder ständige weis auch, daß Graf Bismarck durchaus nicht befähigt ist für die Rolle, in welche man ihn hier hineindrängen will. Sollte er einen kleinen Gedankenposten erhalten, so wäre nichts dagegen einzuwenden, aber zur Leitung der Reichspolitik reicht seine Kraft auch nicht entfernt aus. Im Uebrigen sind die Herren von der Fronde durch Erfahrungen gewarnt, daß es nicht wohlgehen ist, den oder die Minister, welche man beiseitigen will, namentlich zu bezeichnen. Das hat auch der Altreichstanzler erfahren, als er mit dem Reichstanzler auf Herrn v. Bötticher seine Liebe gegen „Das Kleben und Streben“ hielt. Damals soll, wie uns bestimmt versichert ist, schon abgemacht gewesen sein, daß Herr von Bötticher das Oberpräsidium der Provinz Sachsen als „Außenposten“ übernehme, aber gerade die Bismarck'schen Tiraden haben die schwankende Stellung v. Böttichers wieder ganz fest gemacht. Vor einer solchen demagogischen Liebe, wie der Altreichstanzler sie damals hielt, kapituliert der Kaiser nicht.“

— Dem Landwirtschaftsminister v. Hammerstein wird von einem O'Spreußen in der „Kreuzzeitung“ ein langer Wundstuhel unterbreitet. Er enthält nur die „kleinen Mittel“, und zwar Gleichstellung der Pfandbriefe mit den Staatspapieren bei der Befreiung durch die Reichsbank, Herabsetzung der Beiträge für die Alters- und Invalidenversicherung, Grenzperre gegen Weizen, sowie die Erleichterung des Zolltarifs für Getreide, Staffeltarife auf den Eisenbahnen, obrigkeitliche Fürsorge für richtige Preisfestsetzungen an der Produktenbörse und endlich Vermeidung der vierprozentigen Reichs- und Staatsanleihen in dreiprozentige. Der Gewährsmann der „Kreuzztg.“ sagt:

„Durch diese Maßregeln, der demnach die Konvertirung der 3½prozentigen Papiere in 3prozentige folgen müßte, würde die zur Zeit unmögliche Konvertirung der Pfandbriefe ermöglicht werden, und es würden hierdurch auch die Privatgläubiger zur Verabfolgung des Zinsfußes gezwungen werden.“

Gerade über diese Maßregel aber sind die Ansichten in der konservativen Partei sehr getheilt. Die eine Gruppe der Agrarier ist ihr abgeneigt, ein Theil ist zweifelhaft, und wie groß die Partei der Konversionsfreunde ist, ist ungewiß. Wenn soll also Herr v. Hammerstein auf der Weise sein Dhr leihen, um „die Landwirtschaft“ zu befriedigen?

Griechenland.
Athen, 21. Juli. (Meldung der „Agence Havas“.) Die freireichliche Nationalversammlung, ist gestern Vormittag zusammengetreten. Weitere Einzelheiten liegen nicht vor.

China. Shanghai, 10. Juni. In der letzten Nummer des „Chinese Recorder and Missionary Journal“, der angesehensten hiesigen Missionszeitung, finden wir recht treffende Bemerkungen über die Stellung der christlichen Sendboten im Reich der Mitte. Es heißt da:

Man hat fast immer übersehen oder nicht genügend beachtet, daß die Missionare in China nicht verfolgt werden, weil sie Christen, sondern weil sie Fremde sind. Deshalb ist es unbedeutend, die Opfer der Angriffe, denen wir hier besonders in den letzten Jahren ausgesetzt waren, Märtyrer zu nennen. Denn kein einziger von chinesischen Böbel umgebracht worden hätte sein Leben durch eine Verleumdung des Heilands retten können. So sehr wir daher das Andenken unserer ermordeten Missionäre ehren mögen, so dürfen wir doch nicht verkennen, daß sie nicht um ihres Bekenntnisses willen haben sterben müssen. Denn die Böbelhaufen, die sie niedermachten, bestanden keineswegs aus fanatischen Verfolgern, die sich den Glauben ihrer Väter nicht nehmen lassen wollten, sondern lediglich aus aufgereizten, unzufriedenen Kulis und Stroichen, die auf Plünderung und Zerstörung aus waren. Diese Ueberzeugung, daß wir nicht als Christen, sondern als Ausländer leiden, weist uns aber auf die gebieterische Pflicht hin, unsere Regierungen bei Verfolgungen um Hilfe zu bitten. Wir müssen uns in Kleidung und Benehmen noch so sehr nach den Chinesen richten, sie pflegen uns doch als Fremde zu verachten und zu hassen. Lassen wir uns daher etwas von ihnen bieten, so bestärken wir sie in ihrem Hochmuth und außerdem rühren wir sie dadurch in Verachtung, die überläßigen Ausländer ähnlich zu behandeln wie uns, weil der chinesische Böbel keinen Unterschied zwischen den Fremden machen kann. Deshalb müssen wir im Falle von Verfolgungen oder Verleumdungen unbedingt die Hilfe der weltlichen Macht anrufen.

Vorstehenden Ausführungen entsprechen durchaus die Thatfachen. Sie stimmen zu dem, was ich Ihnen schon mehrfach geschrieben habe. In der Missionsfrage in China giebt es nur zwei Wege. Entweder sollen die Regierungen alle Missionare aus dem Reich der Mitte zurückziehen lassen oder, wenn dies nicht geht, sie wirklich energisch schützen. Bisher haben jedoch die fremden Regierungen in dieser Frage nur Vogel-schutzpolitik getrieben.

Japan. Wie die „Osaka-Machi-Shimbun“ mittheilt, erhielt der Japaner Takahashi von der koreanischen Regierung die Erlaubniß zum Bau einer Eisenbahn von Seoul mitten durch Korea bis zum Hafen Incheon an der Südküste. Die Erlaubniß soll in 60 Tagen rechtsgültig sein und veröffentlicht werden, wenn es dem Unternehmer bis dahin gelingt, das erforderliche Kapital von 10 Millionen Yen aufzubringen. Die Bahn soll in einer Länge von 300 englischen Meilen von Seoul über die Städte Tschung-tschu, Kung-tschu, Tschung-tschu und Tschu nach Incheon gehen. Die amerikanische Firma Morse u. Comp. erhielt die Erlaubniß für die Strecke Seoul—Chemulpo in der Westküste, und zwar am 10. April d. J. Am nächsten Tage, am 11. April, richtete der französische Gesandte zu Peking drähtlich an die Regierung von Seoul die Bitte, französischem Kapital die Erlaubniß für eine Eisenbahn von der Mündung des Yaluflusses im Nordwesten über Pingjang nach Seoul zu erteilen, doch verlannte, daß er dabei in Rücksicht auf russisches Interesse arbeitete, während der eigene Vertreter Russlands in Seoul selbst für russisches Kapital die Erlaubniß einer Eisenbahnlinie von Seoul nach dem Hafen Gensan an der Nordküste zu erlangen sucht.

Afrika.
 Aus dem Lager bei Bulawayo wird dem „Bureau Reuter“ unterm 20. d. M. gemeldet, daß General Carrington an diesem Tage die erste besetzte Stellung der Matabeles angegriffen hat. Der Kampf, der sieben englische Meilen von der Farm Lisher stattfand, war sehr heftig und währte gestern um 8 Uhr früh noch fort.

Australien.
Apia, Samoa, 6. Juni. In letzter Zeit haben wieder häufig Verarmungen der Tunnua-Partei stattgefunden, und die Ansprüche des Erbkönigs Tamasese werden von neuem in den Vordergrund gestellt. Mittlerweile geht von den Eingeborenen auch nicht ein Pfennig Steuern ein. Obwohl auf Drängen der hiesigen Kaufleute, die von den Eingeborenen die üblichen Kopralieferungen wünschen, König Malietoa allen politischen Gegnern allgemeine Straffreiheit bewilligt hat, verharbt die Tunnua-Partei dennoch bei ihrem Widerstande. Das deutsche Kriegsschiff „Galle“ hat einen Landmineur in den Ana-Berg befördert und ihn seine Arbeiten dort unter Bewachung ausführen lassen, sonst hätten die Eingeborenen die Vernehmung verhindert. Da die Steuern nicht bezahlt werden, hat der Stadtpräsident Schmidt sich gezwungen gesehen, die drei Vertragsmächte um kleine Beiträge zur Deckung des Steueranfalls und Bestreitung der Verwaltungskosten anzugehen. Aufstellung eines Prozesses gegen den amerikanischen Kaufmann Moore wegen ungesetzlicher Einfuhr von Patronen, was dem Samowebtrage gemäß nicht gestattet ist, hat Stadtrichter Cooper bei Verurteilung des Urtheilspruches den Präsidenten Schmidt wegen häufiger Unachtsamkeit zur Wachsamkeit in Ausnahmefällen bestigt gerügt. Obwohl augenblicklich keine Gewaltthaten der Eingeborenen zu melden sind, ist es doch höchst gefährlich, diesen Waffen und Schießmaterial aus-

zufahren, und es werden jetzt strengere Maßregeln zur Verhütung des Waffenschmuggels getroffen. Ein neuer Aufstand droht gegen Augenblick auszubrechen, solange die Samoaner noch hinreichend bewaffnet sind.

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin, 22. Juli.** Die anmutigen Melodien des „Waldbesängers“ bewähren selbst bei der drückenden Himmelsstimmung eine ungeschwächte Anziehungskraft und auch die geführte Aufführung der reizenden Straußschen Operette am Bellevue-Theater sah ein gut besetztes Haus, was um so erfreulicher war, da die Vorstellung zum Benefiz für Herrn Mailberg stattfand. Wir haben im Laufe der Saison Gelegenheit gehabt, in dem Benefizanten einen talentvollen und strebsamen jungen Künstler kennen zu lernen und so dürfte es nicht Wunder nehmen, daß ihn an seinem Ehrenabend besondere Aufmerksamkeit zu Theil wurde. Es fehlte nicht an prächtigen Kranzpenden und wurde der Sänger, dessen sympathischer Tenor gestern wieder auf das vortheilhafteste zur Geltung kam, sowohl nach dem Antikitsied wie nach dem Duett „Waldbesänger hat es gesagt“ durch reichen Beifall ausgezeichnet.

* Auf der über den Gräben führenden Brücke kam heute Vormittag ein Arbeiter so unglücklich zu Fall, daß er sich eine schwere Verletzung am Hinterkopf zuzog. Der Verunglückte wurde in das städtische Krankenhaus überführt.

* Auf dem heutigen Wochenmarkt wurden für Fleisch folgende Preise erzielt: Rindfleisch: 1,40, Ferkel 1,60, Vorderfleisch 1,20, Schweinefleisch: Koteletts 1,40, Schinken 1,20, Bauch 1,20, Koteletts: Koteletts 1,60, Koteletts 1,50, Vorderfleisch 1,20, Koteletts 1,40, Koteletts 1,30, Vorderfleisch 1,10, Koteletts 1,20, Koteletts 1,10, Koteletts 1,00, Koteletts 0,90, Koteletts 0,80, Koteletts 0,70, Koteletts 0,60, Koteletts 0,50, Koteletts 0,40, Koteletts 0,30, Koteletts 0,20, Koteletts 0,10, Koteletts 0,00.

* Auf der Straßbahn wurde in einem Wagen der Strecke Göttingen-Bahnhof ein fahrsicherer Zweimarktschein vermisst.

* In einem Vergnügungsort der Bismarckallee kam es gestern Abend zwischen ausländischen Kaufleuten — zwei Schweden und zwei Norwegern — zu einem Streit, der in Thätlichkeiten ausartete und mußte zwei von den Beteiligten, welche erhebliche Verletzungen am Kopfe davongetragen hatten, die Hilfe der Sanitätswache in Anspruch nehmen.

* Ueber das Vermögen des Gutsbesizers Paul Bröder zu Honsbach (Amtsgerichtsbezirk Pöllnau) ist das Konkursverfahren eröffnet und zum Verwalter der Masse Administrator Baath in Honsbach ernannt worden. Anmeldefrist bis zum 15. August.

Aus den Provinzen.

* **St. Krone, 21. Juli.** Die Einweihungsfeier der Gedächtniskirche für Kaiser Friedrich I. fand nach Programm am Sonntag, den 19. d. Mts. statt und gestaltete sich zu einem rechten Volksfeste. Auf dem Markte wurde der Festzug geordnet, von wo aus derselbe unter den Klängen einer Musikkapelle sich dem Stadthaus zu bewegte. Dort an der Stelle, an welcher Kaiser Friedrich als Kronprinz am 9. Juli 1868 einst gestanden und in sich vertieft lange sein Auge über Wald und See hat schweifen lassen; wo von ferne her die Stadt St. Krone ihm in schüchternem Schmelze zuzinkte; dort steht jetzt ein Denkstein mit eiserner Platte, auf der in Goldschrift diese denkwürdige Begebenheit eingeträgt ist. Hier erhob sich zunächst das Preussentheil und dies mit Recht; denn der preussische Kronprinz, der Held von Sadowna war es, der ahnungslos auf dieser Stätte stand und den der Name „St. Krone“ hier an die deutsche Kaiserwürde erinnerte, die ihm einst zu Theil werden sollte. Und das dies nicht bloße Vermuthung ist, zeigt die transparente Inschrift eines Ganges der Stadt, die dem hohen Gaste entgegenstrahlte und etwa lautete: „Mag den Namen dieser Stadt Dein Gedächtniß nie verlieren, wenn der deutschen Krone Pracht wird dein hohes Haupt nicht ziern.“ Der Kreislandrath, Herr Schulte-Hausman, brachte zunächst das Hoch auf Kaiser Wilhelm I. aus, in das die große Volksmenge begeistert einstimmte. Dann ergriff Herr Baasch-Direktor Kunz das Wort zu einer mächtig kündennden Rede, die tief ins Herz der Zuhörer drang, deren Inhalt hier aber leider nicht des Mannes halber wiedergegeben werden kann. Jubelnd sah man nun die Hülle des Denksteins fallen, und Herr Kreisbaumeister Denny übergab es der Stadt St. Krone, aus deren freiwilligen Beiträgen die Kosten bestritten worden sind. Herr Bürgermeister Müller nahm das patriotische Werk im Namen der Stadt entgegen, worauf mit einem Gefolge die Feier ihr Ende erreicht hatte. Die große Menge der Festtheilnehmer aber blieb noch lange beisammen, mit ihnen als Ehren Gäste die Herren Offiziere und Beamten, die Einladungen erhalten hatten. Dem Komitee aber gebührt die höchste Anerkennung für die fleißige und sorgfältige Arbeit, der es sich bei Ausführung seines Werkes unterzogen hat.

Gerichts-Beilage.

* **Stettin, 22. Juli.** Vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts mußten heute der Buchbinder Paul Tolzmann genannt Müller, der Musiker Max Janotta und der Handlungslehrling August Stein unter der Anklage des Betruges und der Urkundenfälschung erscheinen. Im Mai d. J. verschaffte T. sich zu wiederholten Malen kleine Geldbeträge, indem er Bekannte auf den Namen der Mutter anbot. Mehrfach mußten ihm dabei Janotta oder Stein Hilfe leisten durch Anfertigung von Briefen, worin die Bitte um ein Darlehen ausgedrückt war. Auf vier derartige, mit dem Namen der Frau Müller unterzeichnete Schreiben hat der Gerichtspräsident jedesmal 25 Mark erhalten. Die Genossen bekamen nichts von dem Gelde, da T. ihnen vorlag, er sei überall abgewiesen worden. Das Gericht verurtheilte den Erstangeklagten als den Hauptthäter zu 6 Monaten, Janotta und Stein erhielten wegen Beihilfe je 3 Tage Gefängnis.

— Eine Verpfändung von Waaren durch sogenannte symbolische Liebergabe, nämlich durch Aushängung des Schlüssel zu dem Lokale, in welchem sich die Waaren befinden, ist, nach einem Urtheil des Reichsgerichts, VI. Zivilsenat, vom 19. März 1896, im Gebiet des Preussischen Allgemeinen Landrechts wirkungslos, wenn der Verpfänder einen zweiten Schlüssel zu demselben Lokale des Warenlagers offen oder heimlich zurückgelassen hat, gleichviel, ob der Verpfänder von der Möglichkeit, nach seinem Belieben zu den verpfändeten Sachen zu gelangen, über sie zu verfügen und Anderen den Zutritt zu gestatten, Gebrauch machen will oder nicht. Es muß ein Zustand hergestellt werden, welcher dem Gläubiger

den ausschließlichen Gebrauch verschafft und die Einwirkung Anderer verhindert; sonst ist eben eine derartige Verpfändung nicht statthaft.

Kunst, Wissenschaft und Literatur.

Bürgerliches Gesetzbuch für das deutsche Reich. Gemeinverständlich erläutert und mit einem Sachregister versehen von Dr. jur. W. Bruns, vorm. Amtsrichter und Eisenbahn-Syndikus. Billige Volksausgabe. Lieferung 1. Vollständig in 10 Lieferungen (ca. 36 Bogen). Preis nur 3,50 Mark, gebunden 4 Mark (Porto 30 Pf. extra). Verlag von Emil Stoll in Leipzig. Wir machen unsere Leser besonders auf diese enorm billige, sehr hübsch gebundene Volksausgabe aufmerksam. Aus der uns vorliegenden 1. Lieferung läßt sich bereits erkennen, in welcher außerordentlich praktischer und sorgfältiger Ausarbeitung das Gesetz kurz und klar erläutert wird. In 5 Wochen nach Erscheinen des ganzen antichristlichen Textes soll das Werk komplett vorliegen. Außer dem Inhalts-Verzeichnis soll dem Werke am Schluß ein ganz besonders eingehendes und übersichtlich geordnetes alphabetisches Sachregister beigegeben werden. Wenn auch das Gesetzbuch erst am 1. Januar 1900 in Kraft tritt, so ist dieser Termin so weit hinausgerückt worden, weil das deutsche Volk Zeit gebraucht, sich mit den vielen Neuerungen vertraut zu machen, und besonders in familien- und erbrechtlicher Beziehung darauf einzurichten. [162]

Tirol und Vorarlberg, bayerisches Hochland und Allgäu, Salzburg, Ober- und Niederösterreich, Steiermark, Kärnten und Krain. Von Th. Trautwein. Zehnte vermehrte Auflage: Bearbeitet von S. v. H. Mit 61 Karten und Plänen. (XXVI. und 661 S.). Innsbruck, A. Gollingers Verlag. Preis in grüner Leinwand geb. 7,50 Mark, Brieftaschen-Ausgabe 8,50 Mark. Das ausgezeichnete Buch hat seine in Touristenkreisen längst verdienstenmäßige gewürdigte Vorzüge: Reichhaltigkeit und Zuverlässigkeit, praktische Eintheilung des Stoffes und übersichtliche Darstellung auch in dieser neuen Ausgabe beibehalten, seinen Geltungsbereich jedoch bedeutend ausgedehnt. Trautwein's Buch ist einer der besten Führer für Tirol und das ganze Gebiet der Ostalpen, und die neue Ausgabe kann jedem Alpenreisenden, dem bequemen Wanderer wie dem Hochtouristen empfohlen werden. [168]

Von dem Werke Leske u. Potemkin, Rechtsverfolgung im internationalen Verkehr ist ferner ein neuer Band als selbstständiges Werk erschienen: **Dr. Engelmann, Rußland einschließlich der Ostseeprovinzen und Polen, Rechtsverfolgung.** I. Zivilprozeß, II. Konkursrecht, III. Erbschaftsregulierung, IV. Kontrahatsgerichtsbarkeit. Berlin bei Carl Heymann, Preis 6 Mark. Der Verfasser, Professor in Dorpat, hat in Gemeinschaft mit Professor Erdmann in Dorpat und Advokat v. Hausbrandt in Warschau eine sehr klare Darstellung der Rechtsverhältnisse in Rußland für Einheimische wie Ausländer gegeben. Wir können dieselben allen in Verbindung mit Rußland stehenden Deutschen warm empfehlen. [171]

Karl Fleming in Glogau, Generalkarte der Ostpreußen. Preis 2 Mark, Schweiz und Ostpreußen 3 Mark. Die Karte bietet von den ausgebeuteten, zwischen dem Bodensee und Wien, der Donau und dem Adriatischen Meere liegenden Gebirgslandschaften mit ihren Thälern, Hochflächen und Bergen eine 73 x 93 cm große sehr farbig ausgestattete Karte. Wir können die Karte warm empfehlen. [166]

Köln, 21. Juli. Der Schriftsteller Professor Dr. Adolf Gießing ist gestorben.

Vermischte Nachrichten.

— In der Gedächtnisfeier für die Kaiser Wilhelm und Friedrich in Berlin gehen die Besucher des Zeughauses meist achlos an einem Erinnerungsgegenstand vorbei, dem „Delm von Mars la Tour“, der eine eigene interessante Geschichte hat, ebenso wie die vielbesungene Trompete von Mars la Tour. Als nach der Attacke des magdeburgischen Kürassier-Regiments Nr. 7 König Wilhelm das Schlachtfeld besichtigte, sah er einen Kürassier am Boden liegen, und es fiel ihm auf, daß der Gefallene so viele äußere Verletzungen erlitten hatte. Er ließ sich den Helm reichen, der in der That bewies, daß der Kürassier mindestens drei Gegner sich hatte abwehren müssen. Der stark verborgene Helm zeigt hinten zwei scharfe kreuzförmige Hiebe, vorn war die Spitze und an der rechten Seite die Schraube mit der Schuppentaste abgehoben; tödtlich scheint ein Stich gewirkt zu haben, der den Vorderhelm durchbohrt hatte. König Wilhelm nahm den Helm vom Schlachtfeld mit, und er hat ihn wie ein Kleinod neben anderen Kriegserinnerungen in seinem Palais bis zum Tode aufbewahrt. Die Diener, welche dort die Fremden heraufführten, pflegten ihn als „Delm von Mars la Tour“ zu bezeichnen. — In der Ruhmeshalle wird von vielen Besuchern nach den erbeuteten französischen Fahnen gefragt. Diese werden jedoch nicht im Zeughaus aufbewahrt. Auf Breußen waren seiner Zeit einige achtzig Fahnen gekommen; die anderen wurden unter Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden vertheilt. Kaiser Wilhelm war gegen die Aufstellung der Trophäen in der Herrscherhalle, wo sie ursprünglich ihren Platz erhalten sollten; er wollte es vermeiden, das Nationalgefühl der Franzosen, welche die Sammlungen häufig besuchten, zu verletzen. Die Fahnen befinden sich in der Garnisonkirche zu Potsdam.

— In der Berliner Gewerbeausstellung ist alles vertreten, selbst die durch Eigel berühmte gewordene bayerische Grobheit. Eine jener echt bayerischen Kellnerinnen, welche in einem „Anfänger-Institut“ der Gewerbeausstellung Bier verabreicht, hatte plötzlich ihre Entlassung erhalten, als sie gegen die Ehefrau ihres Arbeitgebers einen Ton anzuschlagen beliebte, der mit einem „Anfänger-Institut“ nicht gut vereinbar ist. Die Entlassene ließ sofort nach dem Gewerbegericht und verlangte eine hohe Entschädigung wegen Kontraktbruch, da sie bis zur Beendigung der Gewerbeausstellung engagiert worden sei. Durch Zeugenvernehmung wurde auch folgender Thatbestand ermittelt: Die bayerische Maid war, weil sie nicht anders konnte, der Ehefrau ihres Arbeitgebers gram, und jagerte auch nicht lange, ihrem gereizten Hergen Luft zu machen. Eigel's Landmännin erklärte u. a. ihre Arbeitgeberin für ein „Mißvieh und Schlammperl“, und Gasse, die sie nicht leiden mochte, nannte sie „Bakeris“. Hierin erklärte die Klägerin, keine Verleumdung erblicken zu können, da diese Ausdrücke in Bayern „ganz beliebt“ seien. Das Gewerbegericht war aber der Ansicht, daß derartige Verleumdungen für die Gewerbeausstellung nicht paktien und als grobe Verleumdungen zu betrachten seien. Der Beklagte ist daher durch das Gericht verurtheilt, die Klägerin sofort wegen groblicher Verleumdung seiner Ehefrau zu entschädigen.

— Anlässlich der Vermählung der Prinzessin Marie von Wales wird viel über den Reichtum des Troussaus der Braut berichtet. Jedes Stück der Lingerie, mit köstlichen Spitzen versehen, bildet ein Kunstwerk für sich. Die Zahl dieser duffigen Kostbarkeiten in allen Formen und Farben überbietet alle Vorstellung. Ein ebenso großer Aufwand ist an Bräut- und Brautsohlen gegeben. Eine Robe mit herrlichen Seidenreihen in viel argente macht besonders Aufsehen durch den zarten Zauber der Farben- und Formenharmonien. Man bewundert eine Toilette Louis' XV. aus Seidenmousseline mit rosen Tuffes und eine andere aus Taffetas glacé mit Grempepizzen, die das Dekant und die Äpfeln überlegen. Köstlichkeiten sind für intime Soireen eine Toilette aus Taffetas rose geranium mit einem korallen- und perlengestickten Corset, die Bänder aus blaßgrünem Sammet schmücken, eine Ballrobe aus Velours moiré, blaßblau, mit reichem Silber- und Tuffenschnur, eine Toilette aus schwarzer brochierter Seide, eine andere von arctischer Farbe, fleur de pêcher, eine marineblaue Seidenrobe mit Chemisette aus rosa Tuff und Kragen mit Valenciennespizzen gepust, eine Seidenrobe, crème style grec, eine Toilette, plissé bleu, mit Krage à la Medici, eine andere in Seide Pompadour, aus blaßblauer Seide. Die Hochzeitstochter ist aus Satin pur anglais, mit langer Schleppe und Mousselineüberwurf mit reichem Silbergerath und eingestickten Diamanten, zwischen deren glühendem Feuer zarte Mythenzweige laufen, die sich in der Faltenfülle der Schleppe verlieren und das décolleté des Corsetes umgeben.

— Eine interessante Zusammenstellung über die Zahl der Reisenden, die in den großen und mittleren europäischen Staaten die Eisenbahn benutzt haben, findet sich in der letzten Nummer des „Journal des Economistes“. Die betreffenden Ziffern sind folgende:

	Einwohner	Reisende
Italien	30 158 408	51 447 293
Frankreich	38 343 192	37 249 040
Deutschland	49 428 470	483 407 806
Belgien	6 069 321	86 540 010
Österreich	23 895 413	84 924 407
Ungarn	17 463 473	37 302 070
Großbritannien	37 880 764	864 435 388
Schweiz	2 962 098	37 249 040
Holland	4 593 155	33 849 127
Rußland	97 807 339	32 602 944

Es geht aus dieser Tabelle deutlich hervor, wie verschieden die Benutzung der Eisenbahnen in den einzelnen Ländern ist. Während in Rußland erst auf 3 Einwohner 1 Reisender kommt, sollen auf 1 Einwohner in Italien 1 1/2, in Belgien, in Ungarn 2 1/2, in Österreich 3 1/2, in Holland über 7, in Frankreich 6, in Deutschland fast 10, in der Schweiz über 12, in Belgien über 14 und in Großbritannien und Irland 23 Personen.

— Eine köstliche Episode wird aus dem Markt, dem Gut des Prinzen Heinrich, berichtet. Die Prinzessin Heinrich und ihre aus England eingetragene Schwester, Prinzessin Viktoria von Battenberg, begaben sich auf eine zum Gute gehörende Koppel, um das Dreieck der Koppel mittels einer Lokomotive anzusehen. Während die beiden Damen ruhig und abnungslos zuschauten, wurden sie unbemerkt von zwei Frauen mit einem dünnen Strohhalm zusammengeknüpft. Auf's höchste überrascht fragten die Prinzessinnen den Inspektor, was dies bedeute, und der Gefragte erwiderte, es sei das Binden eine alte Sitte gegenüber der Gutsheerrschaft und bedeute, daß die Gebundenen sich loskaufen müßten. Beide Prinzessinnen gerieten durch diese Aufklärung in ziemliche Verlegenheit, denn keine hatte Geld bei sich. Nach der Heimkehr sandte Prinzessin Heinrich durch einen Diener eine Geldsumme für die Arbeiterinnen aus, worüber große Freude entstand.

Pest, 21. Juli. Der entsprungene Kassen-einbrecher Affendall wurde heute in einem Walde des Barmarjers Komitats von Waldarbeitern gefangen und der Behörde eingeliefert.

London, 20. Juli. Ein ansehnlicher Vorfall hat sich dieser Tage in dem kleinen Seebadeort Broadstairs amüsiert. Ramsgate zugezogen. Ein Mann stürzte plötzlich unter die an Lagerdammen umherlaufenden Bootleute und erklärte, es seien drei Kinder unten am Fische der Uferseilen ganz von der steigenden Fluth eingeschlungen. Da die See zu flüthig war, konnte an Rettung durch ein Boot nicht gedacht werden. Mehrere Männer eilten daher mit einem langen Seil die obere Uferseile entlang und einer — er hieß James Croome — erbot sich hinunter zu gehen. Man ließ ihn hinab und er brachte glücklich zuerst einen Knaben zwischen 8 und 9 Jahren in Sicherheit und rettete dann auch einen zweiten. Er wollte zum dritten Mann hinuntergehen, hatte aber inzwischen an den Uferseilen beim Hinaufziehen und Hinablassen seine Hände so sehr zugerichtet, daß die Sache bedeutend erschien. So wurde denn sein Sohn hinaufgelassen, der auch glücklich den dritten Kleinen rettete. Mittlerweile war ein dritter moderner Mann Namens Tom Horton aus einiger Entfernung aus einem Riß in den Uferseilen unter großer Gefahr herbeigekommen. Er rettete nun auch noch einen kleinen Hund, den die Knaben mitgebracht hatten, und wurde ebenfalls glücklich zu der Uferhöhe hinaufgeholt. Eine Masse Volkes hatte sich dort angelagert, das in großer Erregung der Rettung zuschaute und die drei Männer mit stürmischen Beifall begrüßte.

Börsen-Berichte.

Stettin, 22. Juli. (Mittlicher Bericht.) Wetter: Heiß. Temperatur + 23° am Meer. Barometer 762 Millimeter. — Wind: West.

Weizen per 1000 Kilogramm loco ohne Vandel, per September-Oktober 137,50 B. Roggen per 1000 Kilogramm loco ohne Vandel 111,00 bez., per September-Oktober 110,50 B. u. G., per Oktober-November 111,50 B. u. G. Hafer per 1000 Kilogramm loco ohne Vandel 118,00—124,00. Winterweizen per 1000 Kilogramm loco und kurze Lieferung ohne Vandel. Winterroggen per 1000 Kilogramm loco und kurze Lieferung ohne Vandel. Spiritus behauptet, per 100 Liter à 100 Procent loco 70er 33,6 nom., Termine ohne Vandel. Angemeldet: Nichts.

Leumarkt.

Der erste neue Roggen wurde à 114 Mark bezahlt. Hafer 122—130. Den 2,50—3,00. Stroh 24—26. Kartoffeln 40—48.

Nichtamtlich.

Petroleum loco 10,55 verzollt, Kaffe 48/10, per drei Monat 48,50.

Müßel loco 44,25 B., per Juli 45,50 B., per September-Oktober 45,50 B.

Berlin, 22. Juli. Weizen per Juli 139,75, bis 139,50, per September 137,50 per Oktober 137,25.

Roggen per Juli —, bis —, per September 110,25, per Oktober 111,00.

Müßel per Juli 44,70, per Oktober 44,70.

Spiritus loco 70er 34,80, per September 70er 39,00, per Oktober 70er 38,70.

Hafer per September 116,00.

Mais per September 86,75.

Petroleum per Juli 20,70, per August 20,70.

London, 22. Juli. Wetter: Bewölkt.

Berlin, 22. Juli. Schlusssourire.

	21.	20.
3% amortisir. Rente	105,90	105,90
4% Rente	105,10	105,10
5% Rente	99,90	99,90
6% Rente	99,90	99,90
7% Rente	99,90	99,90
8% Rente	99,90	99,90
9% Rente	99,90	99,90
10% Rente	99,90	99,90
11% Rente	99,90	99,90
12% Rente	99,90	99,90
13% Rente	99,90	99,90
14% Rente	99,90	99,90
15% Rente	99,90	99,90
16% Rente	99,90	99,90
17% Rente	99,90	99,90
18% Rente	99,90	99,90
19% Rente	99,90	99,90
20% Rente	99,90	99,90
21% Rente	99,90	99,90
22% Rente	99,90	99,90
23% Rente	99,90	99,90
24% Rente	99,90	99,90
25% Rente	99,90	99,90
26% Rente	99,90	99,90
27% Rente	99,90	99,90
28% Rente	99,90	99,90
29% Rente	99,90	99,90
30% Rente	99,90	99,90
31% Rente	99,90	99,90
32% Rente	99,90	99,90
33% Rente	99,90	99,90
34% Rente	99,90	99,90
35% Rente	99,90	99,90
36% Rente	99,90	99,90
37% Rente	99,90	99,90
38% Rente	99,90	99,90
39% Rente	99,90	99,90
40% Rente	99,90	99,90
41% Rente	99,90	99,90
42% Rente	99,90	99,90
43% Rente	99,90	99,90
44% Rente	99,90	99,90
45% Rente	99,90	99,90
46% Rente	99,90	99,90
47% Rente	99,90	99,90
48% Rente	99,90	99,90
49% Rente	99,90	99,90
50% Rente	99,90	99,90
51% Rente	99,90	99,90
52% Rente	99,90	99,90
53% Rente	99,90	99,90
54% Rente	99,90	99,90
55% Rente	99,90	99,90
56% Rente	99,90	99,90
57% Rente	99,90	99,90
58% Rente	99,90	99,90
59% Rente	99,90	99,90
60% Rente	99,90	99,90
61% Rente	99,90	99,90
62% Rente	99,90	99,90
63% Rente	99,90	99,90
64% Rente	99,90	99,90
65% Rente	99,90	99,90
66% Rente	99,90	99,90
67% Rente	99,90	99,90
68% Rente	99,90	99,90
69% Rente	99,90	99,90
70% Rente	99,90	99,90
71% Rente	99,90	99,90
72% Rente	99,90	99,90
73% Rente	99,90	99,90
74% Rente	99,90	99,90
75% Rente	99,90	99,90
76% Rente	99,90	99,90
77% Rente	99,90	99,90
78% Rente	99,90	99,90
79% Rente	99,90	99,90
80% Rente	99,90	99,90
81% Rente	99,90	99,90
82% Rente	99,90	99,90
83% Rente	99,90	99,90
84% Rente	99,90	99,90
85% Rente	99,90	99,90
86% Rente	99,90	99,90
87% Rente	99,90	99,90
88% Rente	99,90	99,90
89% Rente	99,90	99,90
90% Rente	99,90	99,90
91% Rente	99,90	99,90
92% Rente	99,90	99,90
93% Rente	99,90	99,90
94% Rente	99,90	99,90
95% Rente	99,90	99,90
96% Rente	99,90	99,90
97% Rente	99,90	99,90
98% Rente	99,90	99,90
99% Rente	99,90	99,90
100% Rente	99,90	99,90

Paris, 21. Juli. (Schlusssourire.) Ruhig.

	21.	20.
3% amortisir. Rente	105,90	105,90
4% Rente	105,10	105,10
5% Rente	99,90	99,90
6% Rente	99,90	99,90
7% Rente	99,90	99,90
8% Rente	99,90	99,90
9% Rente	99,90	99,90
10% Rente	99,90	99,90
11% Rente	99,90	99,90
12% Rente	99,90	99,90
13% Rente	99,90	99,90
14% Rente	99,90	99,90
15% Rente	99,90	99,90
16% Rente	99,90	99,90
17% Rente	99,90	99,90
18% Rente	99,90	99,90
19% Rente	99,90	99,90
20% Rente	99,90	99,90
21% Rente	99,90	99,90
22% Rente	99,90	99,90
23% Rente	99,90	99,90
24% Rente	99,90	99,90
25% Rente	99,90	99,90
26% Rente	99,90	99,90
27% Rente	99,90	99,90
28% Rente	99,90	99,90
29% Rente	99,90	99,90
30% Rente	99,90	99,90
31% Rente	99,90	99,90
32% Rente	99,90	99,90
33% Rente	99,90	99,90
34% Rente	99,90	99,90
35% Rente	99,90	99,90
36% Rente	99,90	99,90
37% Rente	99,90	99,90
38% Rente	99,90	99,90
39% Rente	99,90	99,90
40% Rente	99,90	99,90
41% Rente	99,90	99,90
42% Rente	99,90	99,90
43% Rente	99,90	99,90
44% Rente	99,90	99,90
45% Rente	99,90	99,90
46% Rente	99,90	99,90
47% Rente	99,90	99,90
48% Rente	99,90	99,90
49% Rente	99,90	99,90
50% Rente	99,90	99,90
51% Rente	99,90	99,90
52% Rente	99,90	99,90
53% Rente	99,90	99,90
54% Rente	99,90	9